

Zu meiner Biografie...

Marzahn-Hellersdorf: Zuweilen werde ich gefragt: »Sie wohnen noch immer hier?« Ja, wo sonst, hier ist meine Heimat, sanierte Platte am Wuhletal.

Außerdem wurde ich hier 1995 für die PDS ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt und 2002 direkt in den Bundestag. Das verbindet. Und es verpflichtet. Jedenfalls fühle ich so.

1990 wurde ich gefragt, ob ich für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kandidieren würde. Damals war ich 26 Jahre alt, gelernte DDR-Bürgerin, Wende-Zeit.

Ich hatte Ja gesagt, ganz egoistisch. Denn ich wollte nicht verwaltet werden, sondern selbst gestalten. Mehr Demokratie, vor allem direkte, ist mein Credo geblieben.

Verstehen Sie, warum die Franzosen

über die EU-Verfassung abstimmen können, Sie aber nicht?

Ich auch nicht. Wobei, in einer Frage bin ich konservativ: Wer abstimmen kann, sollte es auch tun. Sonst bestimmen andere über Sie, und das ist selten gut.

Deshalb werbe ich um ihre Erststimme zur Bundestagswahl. Und ich freue mich auf ein Gespräch mit ihnen.

Kontaktadresse:

Petra Pau, Wahlkreisbüro:

Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

fon: 030 / 99 28 93 80

fax: 030 / 99 28 93 81

petra.pau@bundestag.de

www.petrapau.de

DIE LINKE. **PDS**

Petra Pau:
**Einer trage
des anderen Last!**



Gottlose Typen

Wissen Sie noch, was Sie am 19. Dezember 2003 erlebt haben? Wahrscheinlich kaum, oder?

Ich war im Bundestag, es war Sitzungswoche, eine folgenschwere. An diesem Freitag bekamen wir morgens rund 200 druckfrische Seiten ausgehändigt, das ganze »Hartz IV«-Paket. Kein Abgeordneter konnte es gelesen haben.

Also beantragten wir – die PDS im Bundestag – die Abstimmung zu vertagen, vergeblich.

Die CSU beschimpfte uns sogar als »gottlos«. Schließlich stand Weihnachten vor der Tür. So kam es zur Bescherung für Millionen »Hartz IV«-Betroffene. Ich habe damals natürlich mit Nein gestimmt. Denn ich halte die ganze Agenda 2010 für einen Gegenentwurf zu einem modernen, sozialen Bürgerrechtsstaat.

Kehrt Marsch

Seit ich im Bundestag bin, also seit 1998, musste ich rund 40 Mal über Krieg und Frieden, über Auslandseinsätze der Bundeswehr abstimmen.

Diese Militarisierung der Politik hätte ich mir früher nie vorgestellt. Ich will sie nach wie vor nicht.

Aber es kommt noch doller. Neuerdings darf die Bundesregierung Truppen in Marsch setzen – auch ohne Votum des Bundestages. Das haben die Fraktionen von CSU bis Grüne so beschlossen.

Das »Entsende-Gesetz« räumt allerdings eine Ausnahme von der Regel ein. Fünf Prozent aller Mitglieder des Bundestages müssen eine Abstimmung verlangen, also eine Fraktion. Derzeit gibt es nur eine Partei, die das verlässlich begehren würde: *Die Linkspartei. PDS.*

Wieder Minus

Ich bin Berlinerin, mit Herz und Schnauze. Natürlich habe ich alles, was im Bundestag beschlossen wurde, stets darauf »abgeklopft«:

Was heißt das für meine Stadt, für unseren Bezirk. Allein die rot-grüne Steuerreform kostet uns Hunderte Millionen Euro. Sie fehlen für soziale und kulturelle Projekte.

Das Minus verhindert eine aktive Arbeitsmarkt-Politik. Das Manko bedroht kommunale Investitionen und damit weitere Arbeitsplätze.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung ist sozial ungerecht und obendrein ökonomischer Unsinn. Denn sie schwächt den Binnenmarkt. Nun will die CDU/CSU die Schröder-Fischer-Koalition sogar noch übertrumpfen, zum Beispiel durch eine höhere Mehrwertsteuer. Das geht wieder auf Kosten der Ärmeren und Armen.